

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, 19. Juni 1894.

Abnahme von Inseraten Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Mies.
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Reinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Das Berliner Nordkanalprojekt.

In einer Versammlung der Grundbesitzer-
vereine des Nordens Berlins hielt Herr Haupt-
mann z. D. Sillen über obiges Thema einen
Vortrag, dem wir Folgendes entnehmen:

Es tritt man nun dem Projekte eines Berliner
Nordkanals unter Rücksichtnahme auf Zeitgeist
und Zukunft näher, so erscheint ein Zurückgreifen
auf frühere Projekte gänzlich ausgeschlossen, und
das vorliegende Altentwurfmaterial kann nur unter
dem Gesichtspunkt des historischen Wertes be-
trachtet werden. Die damals geplante Kanali-
sierung ist in der That ein ganzes Stück noch in
ihren Einzelheiten für die jetzigen Verhältnisse als
zweckmäßig zu erachten, da sich die örtlichen Ver-
hältnisse seit 15 Jahren sehr verändert haben. Die
Bebauung hat zugenommen, es sind neue
Eisenbahnen entstanden, und namentlich sind
unterirdische Anlagen verschiedener Art vor-
genommen worden — was Alles erhöhte Schwierig-
keiten der alten Kanalanlage bereitet. Es gilt also,
wenn Sie diese Frage näher treiben wollen, ganz
von Neuem anzufangen. Ich glaube, es wird
Sie interessieren, wenn wir zunächst untersuchen,
wie die Sache anzufangen ist, welche Vorfragen
dabei zu erledigen sind. Zunächst ist zu bemer-
ken, daß man bei den vielfach jetzt herrschenden
ungünstigen Anschauungen über die Verfertigung
von Wasserstraßen nicht darauf rechnen kann, daß
ein solches Projekt überall sofort zugestimmt
wird. Das Abgeordnetenhaus hat jedoch den
Dortmund-Münsterkanal abgelehnt, und wenn es
sich nicht gegen die Wasserstraßen prinzipiell
ablehnend verhält, so ist doch zu erkennen, daß es
sehr schwierig sein würde, neue Kanalvorhaben
durchzuführen. Die konservative Partei verlangt
vom Staate, daß er zunächst einen Gebühren-
tarif für Schiffsahrtswegen aufstelle, auf
Grund dessen nicht nur die Verwaltungs- und
Unterhaltungskosten, sondern auch noch eine ge-
wisse Verzinsung des Anlagekapitals erzielt wer-
den solle. Diese Anforderung ist bisher noch
nicht gestellt worden, und es ist sehr schwer, ihr
zu genügen, da die Lösung der Frage abhängig
ist von verschiedenen anderen Fragen — in erster
Linie der Verbesserung der Statistik des Ver-
kehrs auf den Wasserstraßen — welche Reichs-
sache ist.

Auf die Periode, in der an jeder Ecke ein
Zollhaus stand und jeder kleine Fluß oder Kanal-
rüttel seinen Wasserzoll nahm, ist eine andere ge-
folgt, in der man die Wasserstraßen von Gebühren
ganz frei machte. Die Reichsregierung hat aus-
drücklich bestimmt, daß die natürlichen Wasser-
straßen nicht mit Gebühren belegt werden dürfen.
Bei den künstlichen hat die Entwicklung in der
Neuesten Zeit anders gestaltet. Man hat auf ihnen,
um einen Teil der Unterhaltungs- und Betriebs-
kosten aufzubringen, schon seit geraumer Zeit
mäßige Gebühren erhoben. Seit Herbst 1892 ist
der Gebührensatz auf den märkischen Wasser-
straßen aber so erhöht, daß deren Unterhaltungs-
und Betriebskosten durch dessen Wirkung wohl
ausgebracht werden. Allerdings kann eine Ver-
zinsung des Anlagekapitals nicht erwartet werden.
Der Bau des Finowkanals reicht z. B. weit in
die Vergangenheit zurück, und es kann nicht ge-
sagt werden, was er gekostet hat.

Die jetzigen Verhältnisse erscheinen also viel-
leicht nicht günstig, um ein Kanalprojekt weiter zu
verfolgen. Ich glaube aber doch, daß es gut ist,
mit dem in diese Richtung jetzt anzukommen,
erstens mit Rücksicht auf die bevorstehende Ein-
weihung der Vororte und dann aber auch, weil
ein gut Ding Weile haben will und noch kein
Kanal so ohne Weiteres durchgeführt worden ist;
dazu gehören Jahrzehnte. Wenn aber bei dem
neuen Bebauungsplan nach Einweihung der
Vororte bereits Rücksicht auf einen künftigen
Nordkanal genommen werden soll, so ist es nötig,
jetzt schon mit den Vorarbeiten anzufangen. Die
Ausführung solcher Kanalvorarbeiten liegt wesent-
lich in den Händen der Interessenten, und wenn
Sie einen Nordkanal schaffen wollen, dann müssen
Sie selber dazu Hand anlegen. Es gilt, alle
Kräfte zu vereinen, welche nördlich der Spree
wohnen, um einen solchen Kanal zu bekommen.
Was guter Wille, Energie und richtige Erkenntnis
in dieser Beziehung vermögen, das haben die In-
teressenten des Mittelland-Kanal-Projekts gezeigt,
welche 135 000 Mark a. fond perdu zu den Vor-
arbeiten aufgebracht haben. Sie hier im Norden
sind ja in der glücklichen Lage, daß Sie nicht erst
einen Verein zu solchem Zwecke zu schaffen
brauchen, Sie haben in Ihren Grundbesitzer-
vereinen sehr geeignete Vereinigungspunkte, und
wenn jeder von diesen einen Auschuß aus 15 bis
20 Herren bildet und dieser wiederum 2-3 Her-
ren in einen gemeinsamen Sonderauschuß des
Verbandes entsendet, so haben Sie die Organe,
mit denen Sie arbeiten können. Es wird Ihnen
gewiß leicht sein, Herren zu finden aus den ver-
schiedenen Ständen, welche die Sache mit Eifer
und Lust in die Hand nehmen werden.

Sehr schwierig ist es, bei einem Projekt für
den Berliner Nordkanal, festzustellen, ob der
Kanal soweit rentabel sein wird, daß er die Ver-
waltungs- und Unterhaltungskosten sowie eine
Verzinsung des Anlagekapitals ergibt. Als
unser Zweigverein in Niederbarnack die Ren-
tabilität des Mittelland-Kanals, der über Wolmirste-
ditz, Debitzelle, Hannover, Minden, Osnabrück
zur Ems gehen soll, nachweisen wollte, stellte
man in allen zwischen Rhein und der Elbe
liegenden Eisenbahnstationen in Hannover und
Westfalen Zusammen, welchen Güterverkehr sie
aufweisen. Aus dem Gesamt-Ergebnis ließ sich
berechnen, wie viel von diesem Güterverkehr dem
Kanal etwa zufiele, wenn man annahm, daß 1/3
oder 1/4 auf ihn übergehen wird. Wie sich aber
ein Kanal rentiert, der eine vorhandene Ver-
kehrsstraße von Hamburg über Berlin nach
Breslau, von Stettin nach Magdeburg und
Dresden u. s. w. durch eine Umgehung der Spree
nördlich Berlins lediglich ergänzt, läßt sich viel
schwerer nachweisen. Wie viele von den Gütern,
welche die Stadt Berlin passieren, den Nordkanal
benutzen werden, ist eben schwer zu berechnen. Es
kommt hinzu, daß sich der Durchgangsverkehr für
Berlin nach Eröffnung des Nord-Elbe-Kanals
wesentlich ändern wird. Hamburg wird dann die
Waren nach Breslau mit dem E-Schiffe ein-
fach nach Stettin gehen lassen, dort erfolgt der
erste Umschlag, und dann geht die Waare an
der Oder nach Schleien. Ebenso wird Stettin
die Importe aus Rußland, welche nach Schleien
bestimmt sind, direkt nach Hamburg verfrachten
und dort auf Elbschiffe umschlagen — in beiden
Fällen wird Berlin umgangen. Es ist das von
schwerwiegender Bedeutung für den Nordkanal,

und daher läßt sich auch nicht verhehlen, daß die
Verhältnisse für ihn keine ganz günstigen sind.

Der einzuschlagende Arbeitsweg ist nun
folgender: Es muß zunächst von sachkundigen
Leuten eine Verkehrsstatistik des Nordens aufge-
stellt und sodann die Linienführung für den
Kanal ermittelt werden; Sie müssen sich einen
allgemeinen Entwurf mit den nötigen Zeichnungen
und Kostenanschlägen machen lassen, ferner ist der
Nachweis der Rentabilität von verschiedenen
Linien, welche in Frage kommen können, gegen-
einander abzuwägen, und an der Hand dieser
Unterlagen können Sie erst mit einem Vorschlage
an den Magistrat herantreten, Mittel zu den
eigentlichen Vorarbeiten zu bewilligen, u. s. w.
Das sind Dinge, die nur durch Aufwand von
Mitteln erledigt werden können, und Sie würden
also in Ihren Vereinen Mittel flüssig machen
und dem geschäftsführenden Auschuß einen Kredit
eröffnen müssen.

Es kommt für die Verkehrsverhältnisse als
günstig der in Aussicht stehende Berlin-Rostocker
Kanal in Betracht, dessen Herstellung seit Jahren
von unserem Zweigverein in Rostock betrieben
wird. Dieses Projekt zu unterstützen, liegt daher
in Ihrem Interesse. Es wird dagegen der Zu-
kunft überlassen bleiben müssen, ob ein Berliner
See-Kanal nach der Oder bei Schwedt u. s. w.
in Aussicht zu nehmen ist. Viele Leute versprechen
sich sehr viel davon für Berlin, während Andere
weniger dafür eingenommen sind. Der Zentral-
verein hat sich seit 25 Jahren, unsere Zweig-
vereine seit 5 und 6 Jahren mit der Verbesserung
der Wasserstraßen und der Hebung des Verkehrs
und der Schiffsahrt auf ihnen beschäftigt, und es
gibt da noch einige andere Hauptfragen, mit
denen man sich beschäftigen muß, wenn man sich
ein Urtheil in diesen Dingen bilden will. So ist
auch, nachdem die Regierung, wie schon erwähnt,
die Regelung der Gebührenfrage endlich in die
Hand genommen hat, ein Wunsch erfüllt worden,
den der Zentralverein seit Jahren erhebt, und es
ist zu hoffen, daß trotz großer Schwierigkeiten
dennoch die Frage gelöst werden wird. Auf dem
Finowkanal wird z. B. die Schiffsahrtsgabe
nicht von der Ladung berechnet, sondern von der
Tragfähigkeit des Schiffes, ein Umstand, der, wie
Sie sich denken können, meistens zu einer großen
Härte für die Schiffsahrt wird. Wenn z. B. ein
Schiff von 2500 Zentner Tragfähigkeit in Folge
niedrigen Wasserstandes nur 800 Zentner laden
kann, so muß es trotzdem die Gebühr für 2500
Zentner entrichten. Hier den richtigen Weg der
Verzinsung zu finden, ist eine Lebensfrage für
die Schiffer und für die weitere Entwicklung
unserer Wasserstraßen. Dazu kommt als weiteres
Erfordernis die Einrichtung einer richtigen Ver-
kehrsstatistik bezüglich der Wasserstraßen, wie solche
bisher bei den Eisenbahnen geführt wird. Sonst
ist es unmöglich, die für die Schiffsahrt wichtige
Frage zu lösen, wie viel Tonnenkilometer ein
Wasserweg zu leisten im Stande ist. Diese müßte
man, um die Höhe der Schiffsahrtsgabe be-
rechnen zu können, wissen. Weiter kommt in Be-
tracht, daß unser Wasserrecht nicht so beschaffen
ist, daß es eine rationelle Ausnutzung der Wasser-
straßen durch industrielle Anlagen in allen Fällen
ermöglicht. In dem jetzt von der Regierung den
Interessenten zur Begutachtung angelegten
„Wasserrechts-Gesetz-Entwurf“ fehlt z. B. ein
Nothwegerecht, welches nötig ist, wenn der Ver-
kehr auf den Wasserstraßen blühen soll. Dasselbe
besteht u. A. darin, daß einem Grund-Eigen-
thümer, der nicht unmittelbar an einer Wasser-
straße liegt und in Folge dessen seine Waare nicht
zum Wasser bringen kann, das Recht zur Ent-
scheidung des ihm etwa fehlenden Stücks Landes
gewährt wird. In Italien besteht ein derartiges
Nothwegerecht, und es hat dort zu einer hohen
Blüthe des Wasserverkehrs geführt.

Ich habe meine Ausführungen gemacht, um
Ihren die Schwierigkeiten zu zeigen, welche Sie
zur Erlangung eines Nordkanals zu überwinden
haben. Es ist ein weiter Weg, den Sie gehen
werden, aber ich glaube, Sie haben Energie genug,
um den Weg zurückzulegen. Ich habe von Seiten
des Vorstandes unseres Vereins den Auftrag,
Ihnen die besten Wünsche mit auf den Weg zu
geben, und ich gebe persönlich der Hoffnung Aus-
druck, daß Ihre Bestrebungen von Erfolg begleitet
sein mögen.

Deutschland.

Berlin, 19. Juni. Der Kaiser trifft am
Freitag Nachmittag mittels Eisenbahn in Kiel
ein, um den Regatten während der Kieler Woche
vom 24. bis 29. Juni beizuwohnen. Der Kaiser
wird sich nach der Ankunft vom Bahnhof, wo-
selbst Empfang nicht stattfindet, nach dem könig-
lichen Schloß zu Fuß zum Aufbruch mittels
Wagen heben und sodann am Bord der Kaiser-
schiff „Hohenzollern“ Wohnung nehmen. Der
Aufenthalt in Kiel wird bis zum 2. Juli dauern,
an welchem Tage der Abreise nach der
norddeutschen Küste erfolgt. Am Sonntag, den 24.
Juni, wird der Kaiser bei gutem Wetter auf dem
Platz vor der Marien- und Seebadstationen
trotzdem einem Festgottesdienst, bei ungünstiger
Witterung in der Marien-Garnisonkirche dem
Gottesdienste beiwohnen. Nach dem Gottesdienste
findet eine musikalische Feste statt, bei welcher sich
der Prinz Albrecht anlässlich seiner Ernennung
zum Unterleutnant zur See bei dem Kaiser
melden wird. Den Abschluß der Feste bildet eine
von dem Kaiser abzunehmende Parade, bei welcher
Prinz Albrecht beim Vorbeimarsch als schließlicher
Offizier der ersten Kompanie 1. Marine-
division eintritt. An der Parade nehmen Ab-
ordnungen aller in Kiel und Friedrichsort
garnisonirenden Marineeinheiten und Befehlshaber
der im Hafen liegenden Schiffe Theil.

Eine Trauerfeier haben wir unseren
Lesern mitzutheilen, die in weiten Kreisen eine
berühmte Theilnahme erwecken wird. Der Leiter
der Seiden-Wollens-Gesellschaft Berlin I., Wollens-
direktor Dr. theol. Wangemann, ist gestern Nach-
mittag 11 1/2 Uhr aus dieser Weltlichkeit in die ewige
Heimath abberufen worden.

Hermann Theodor Wangemann, geboren am
27. März 1818 zu Wilsnack, starb, nachdem er
den Gymnasialkurs des Organs Klosters zu
Berlin durchgemacht hatte, Theologie und Philo-
sophie. Im Jahre 1843 promovierte er in Halle
zum D. phil. und wurde nach kurzer Amtstätig-
keit in Wollin i. P. als Archidiaconus und Se-
minardirektor nach Kammin i. P. berufen. Am
1. Oktober 1865 verließ er das ihm liebgewordene
Amt und trat an die Spitze der Berliner Wollens-
gesellschaft, welcher er seitdem seine ganze Kraft

gewidmet hat. Zweimal führte ihn sein Amt zu
Inspektionsreisen nach Afrika; die zweite Reise er-
schütterte leider die Gesundheit des damals neun-
undfünfzigjährigen so, daß er sich nicht ganz wieder
erholte. Im Jahre 1883 ernannte ihn die Uni-
versität Greifswald zum Ehren doktor der Theologie,
im Jahre 1890 konnte er das fünfundsiebenzig-
jährige Jubiläum als Missiondirektor feiern und
im Jahre 1893 das fünfzigjährige als Doktor der
Philosophie. Bis in die letzten Wochen hat er
seinem Amte, aus welchem er am 1. Oktober zu-
scheiden gedachte, vorgestanden; dann aber machte
ein Herzleiden, an dem er schon früher gelitten, so
schnelle Fortschritte, daß er heute, umgeben von
den Seinen, ganz sanft und ohne Kampf ent-
schlafen ist.

Die gemischte Deputation zur Vor-
berathung der städtischen Steuerreformen legte
unter Vorhalt des Überbürgermeisters Zelle gestern
Abend ihre Berathungen zunächst über die Umfange-
steuer fort. Dieselbe wurde nach längerer Debatte
mit 22 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag
betreffend die Erhöhung der Betriebssteuer und
Einführung einer Anstaltssteuer wurde gleich-
falls abgelehnt. Ebenso fand die Anhebung, das
anhangs gebaute und in Berlin eingeführte
Bier, sogenannte echte Bier, zu besteuern und die
Schlachtfleischgebühren zu erhöhen, keinen An-
klang. Damit war die erste Sitzung der Steuer-
reformvorläufige erledigt, und es wird nunmehr
der Auschuß demnächst mit der zweiten Sitzung
der städtischen Steuerreformvorläufige sich zu be-
schäftigen haben.

Bezeichnend für die internationale Soli-
darität, welche die Parteilichkeit der deutschen
Sozialdemokratie mit den italienischen Umstürz-
ern verbindet, ist die folgende Ausrufung des
„Vorwärts“ über das schmachvolle Attentat auf
Crispi:

„Wie eine alte Theaterkette, die am Ende
ihrer Laufbahn angelangt, unfähig ist, noch etwas
zu leisten, mit einem letzten Theaterstück noch das
öffentliche Wohlthun herauszufordern, so er-
scheint Crispi mit der hoffentlich nicht mehr ge-
launigen Theaterpötte, dieser im Zeitalter des
Dynamits vorstufstuchenden Attentatswaffe in der
italienischen Kammer, um ein Räuber drama auf-
zuführen zu lassen. Die italienische Kammer, die
sich zu einem solchen Schicksal herab, ist nicht
besser wie ihr Repräsentant, der verkommene
Crispi. Mit ihm muß das ganze System vom
politischen Schauplatz verschwinden, bevor dem
abgeschwunden und ausgehungerten italienischen
Volke endlich Zufriedenheit und Gerechtigkeit zu
Theil wird.“

Es ist eine Ehre, von den Sozialrevolutionären
geachtet und geschätzt zu werden, eine Ehre, die
nur starken Geistern widerfährt.

Aus einer Klasse von Unterbeamten, die
sich bei schweren dienstlichen Anforderungen große
Verdienste um die Wahrung der allgemeinen
bürgerlichen Sicherheit erwerben, erhält die „Köln.
Zg.“ folgende Zuschrift:

Nicht allein erhalten alle Unterbeamten,
sondern auch Knechte, Tagelöhner, Arbeiter, Nacht-
wächter, Botenführer u. s. w., wenn sie treu und
brav ihrer Behörde oder Herrschaft 25 Jahre ge-
dient haben, das Allgemeine Ehrenzeichen, nur den
Gendarmen wird diese Ehre vorenthalten. Aller-
dings giebt es eine Bestimmung, wonach alle
Jahre zum Ehrenfeste vier Mann von jeder
Brigade zu dieser Auszeichnung vorgeschlagen werden
dürfen. Bei Gründung der Gendarmen im
Jahre 1820 mag das genügt haben, gegenwärtig
aber, wo z. B. unsere Brigade (die 7.) mehr als
400 Gendarmen zählt, ist jene Verzahl jedenfalls
ungenügend. Z. B. diene ich seit dem 1. Januar
1865, darunter 20 Jahre als Gendarm, bin nie
mit einer Stunde Strafe oder auch nur einem
Beweis belegt und bin doch noch nicht im Besitz
des Ehrenzeichens. Es giebt eine große Zahl von
Gendarmen, die über ein Viertel, ja, ein Drittel-
jahrhundert dienen und noch nicht im Besitz des
Ehrens sind. Großen Mergers und Verdruß be-
reitet es daher uns alten Gendarmen, wenn wir
täglich lesen, wie sehr wir gegen andere
zurückgesetzt werden, umso mehr da unser Dienst
sehr anstrengend und dazu gefährlich ist. Es sei
hier nur erwähnt, daß am 12. Juni drei
Gendarmen, und zwar in den Kreisen Bonn,
Görlitz und Strehlen, ermordet worden sind.
Eine andere Klage betrifft den Wohnungsgeldzu-
schuß. Wir sind zwar vor drei Jahren im Gehalt
erhöht worden; allein die so lang ersehnte Er-
höhung des Wohnungsgeldzuschusses ist bis heute
noch nicht erfolgt. So muß ich z. B. 300 Mark
Wohnungsgeld, erhalte aber nur 60 Mark
Wohnungsgeld. Die 240 Mark, die ich zulegen
muß, reihen ein zu großes Loch in mein ohnehin
knapp bemessenes Budget. Daß der reduzierte
Vergelt nicht im Wohnzimmer der Familie,
in Gegenwart von Frau und Kindern dienst-
liches verhandelt kann, liegt auf der Hand; daher
muß der Gendarm ein besonderes Zimmer haben.
Nach der Meinung der Gendarmen ist der Staat
verpflichtet, für diese Ausgabe aufzukommen.
Unter 200 Mk. zählt kein Gendarm, ja, es
müssen einige bis 600 Mk. bezahlen. Die Zug-
führer und Feiler der Eisenbahnen haben seit
langen Jahren in Folge einer Ministerial-
Verordnung den Wohnungsgeldzuschuß für Sub-
alternbeamte, obwohl bei Weitem nicht die An-
forderungen an ihre Wohnung gestellt werden wie
bei den Gendarmen. Warum giebt man nicht
auch den Gendarmen denselben Wohnungsgeld-
zuschuß? Wir hoffen zuversichtlich, daß noch
dieses Jahr hierin Abhilfe bringen wird.

Ueber die neue Verordnung und die Er-
gänzung der Prüfungsordnungen für die höheren
Mädchenschulen, deren Veröffentlichung bevorsteht,
werden in der „Nord. Allg. Zg.“ einige Mit-
theilungen gemacht. Es wird daran erinnert, daß
nach dem Abschluß der Konferenzen, welche der
Minister Rath veranstaltet hatte, zunächst an eine
Reform der Prüfungsordnungen gegangen worden.
„Bis 1874 galten die verschiedensten Bestimmun-
gen und Grundzüge in den einzelnen Provinzen.
Hier Abhilfe zu treffen, war zunächst die unterm
24. April 1874 erlassene Prüfungsordnung für
Lehrerinnen und Schuloberlehrerinnen bestimmt;
sie folgten innerhalb eines Jahres die Prüf-
ungsordnungen für Sprach-, Zeichen-, Handarbeits-
und Turnlehrerinnen. Ein weiterer Schritt im
Interesse der Mädchenschulen geschah durch die
Anordnung eines besonderen Fonds von 100 000,
später 150 000 Mark jährlich für Zuwendungen
an höhere Mädchenschulen durch den Staatskassen-
halsat.“ Ueber die Vorbereitung der jetzt be-
vorstehenden Anordnungen wird bemerkt:

„Der in zahlreichen Verathungen im Mini-

sterium fertig gestellte Lehrplan wurde zunächst
einer Anzahl bewährter Schulmänner zur Beur-
theilung zugelegt und deren Gutachten dann einem
hervorragend tüchtigen Provinzialschulrath zur
Beurtheilung zugelegt. Darauf fanden unter
Zuziehung von zwei Schuldirektoren mehrere Kon-
ferenzen statt, an denen letztere je ein akademisch
und ein seminaristisch gebildeter Lehrer und zwei
Lehrerinnen betheiligt waren.“

Diese Art der Vorbereitung ist von berufener
Seite als ungünstig bemängelt und das Ergeb-
niß als verfehlt beurtheilt worden auf Grund vor-
läufiger Angaben, welche ihre Bestätigung durch
die folgenden Mittheilungen des offiziellen Artikels
erhalten:

Der Aufstellung des Lehrplans war es
nützlich, den Begriff der höheren Mädchenschule klar
zu bestimmen. Als Merkmale desselben wurden
bezeichnet neun Jahreskurse, eine Einrichtung von
mindestens sieben aufsteigenden Klassen und der
allgemeine verbindliche Unterricht zweier fremden
Sprachen. Bei der näheren Begrenzung der Auf-
gaben für die höhere Mädchenschule trat der Ge-
sichtspunkt in den Vordergrund, daß sie allgemeine
Bildung auf religiös-sittlicher Grundlage geben
sollte. Der Charakter der Schulaufgaben insbeson-
dere und jede Hineinnahme von Lehraufgaben, welche
erst ein späteres Lebensalter zu lösen hat, sollen
ihm ferngehalten werden. Damit ist natürlich auch
dem bedeutenden Gebrauch begegnet, die obersten
Klassen zu einer Präparandenanstalt zu machen.
Wenn aber die höhere Mädchenschule nun die
Aufgabe hat, die Grundlagen allgemeiner Bildung
zu gewähren, und wenn ihr nicht gestattet wird,
in irgend eine berufliche Vorbereitung überzugreifen,
so ist ihr selbstverständlich für die Zeit, während
welcher sie ihre Schülerinnen in Anspruch nimmt,
ein Maß auferlegt und schon dadurch (1) die Be-
schränkung der Schule auf neun Jahreskurse ge-
boten. Es sind indeß für die Annahme von neun
Jahreskursen noch andere Rücksichten maßgebend
gewesen. Es darf Mädchen nicht ohne Gefahr
für ihre Gesundheit zugemuthet werden, eine zu
lange Reihe von Jahren (1) hindurch in wochen-
lich 30 Stunden einem in allen Gegenständen all-
gemein verbindlichen Unterricht beizuwohnen, und
es gelingt den Lehrerinnen thatsächlich um so
weniger, das Interesse der Schülerinnen überall
rege zu erhalten, als der Reiz der Entlassungs-
prüfung fehlt, welcher den Primanern der höheren
Lehranstalten die Anregung zu erhöhter Thätigkeit
giebt. Es wird aber nicht etwa gewollt oder ver-
anlaßt, daß die Bildung oder die Verrichtung
der jungen Mädchen mit dem vollendeten 15. oder
16. Lebensjahre ihren Abschluß finden. Sie sollen
nur in freierer Weise, je nach der Neigung und
der Berufswahl der jungen Mädchen, fortgesetzt
werden, und es soll den bisherigen Zöglingen
der höheren Mädchenschule in ihren schönen
Jugendjahren die Möglichkeit gelassen werden,
sich auch im Hause zu bethätigen und
in der Familie unter der besonderen Leitung der
Mutter die weiteren Schritte für das Leben vor-
zubereiten. Die neue Verfügung des Ministers
vom 31. v. M. empfiehlt daher den höheren
Mädchenschulen die Angliederung wahlfreier Kurse
an die Arbeit der Schule; die Leitung solcher
Kurse wird voraussichtlich vorzugsweise den aka-
demisch gebildeten Lehrerinnen und hervorragenden
wissenschaftlich gebildeten Lehrerinnen zufallen.
Die Kurse selbst werden sich sehr verschieden ge-
stalten.“

Königsberg i. Pr., 18. Juni. Das Aus-
stellungskomitee der Nord-Deutschen Gewerbe-
ausstellung beschloß die Einrichtung einer be-
sonderen Abtheilung für Gewerbehygiene und Un-
fallsversicherung. Den Vorsitz in der Ausführungs-
kommission für Gewerbehygiene übernahm Pro-
fessor Dr. von Esnack.

Hamburg, 18. Juni. Gegenüber dem fal-
schen Gerücht der Pariser Ausgabe des „New-
York-Herald“ über angebliche Cholerafälle in Ham-
burg nach Auskunft an amtlicher Stelle kon-
statirt werden, daß diese Gerüchte mit allen
Einzelheiten vollständig erfinden sind. Es sind
weder Erkrankungen an Cholera noch verdächtige
Fälle vorgekommen.

Mainz, 17. Juni. Zu dem hier abgehaltenen
11. deutschen Bundesfesten sind zahlreiche
Schützen aus Deutschland und Oesterreich einge-
troffen. Der historische Festzug, welcher die Feier
eröffnete, verlief bei schönem Wetter auf das
glänzendste. Am Gutenbergplatz übergab Dierfeld,
Berlin das Bundesbanner an den Vertreter von
Mainz, Überbürgermeister Dr. Gagner über-
nahm dasselbe unter der feierlichen Versicherung,
es sorgsam hüten zu wollen. Hierauf begaben
sich die Theilnehmer an dem Zuge nach dem
Festplatz. Der Großherzog eröffnete das Schießen.
Bei der hierauf folgenden Konturrenz erhielten
die ersten 10 Stenabbecher: Ritter-Fügen (Tirol),
Dorner-Altenberg, Rengel-Hamburg, Gleichang,
Bodenheim, Bagitt-Kienitz, Gustav Zimmer-Neu-
York, Blume-Grunt, Halbach-Offenbach, Grünig-
Wiesbaden und Brauns-Offenbach. Festscheiter
erhielten: Mittel-Sel, Dettwiler-Rotal, Derings-
Eisenberg, Herlet-Kienitz, Ami-München, Hirsch-
Hamburg, Richter-Schweinfurt, Gebhard-Lübzig-
hausen, Trübenbach-Chemnitz und Christian Hinkel-
Offenbach.

Mainz, 18. Juni. Bei dem heutigen Fest-
bankett toastete Oberstleutnant von Reinart-
Karlsruhe auf das achtzigjährige Mainz und auf
das Schützenfest, Schützenmeister Heerdt von hier
auf die Damen, Rahl-Rendsburg brachte ein Hoch
auf das deutsche Vaterland aus. — Nachmittags
ist Regenwetter eingetroffen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. Juni. Der zu mehrjähriger
Kerkerstrafe in dem Klauenburger Memorandum-
prozeß verurtheilte Doktor Padosians Lucaciu, der
provisorisch auf freiem Fuß gewesen war, hat sich
durch die Flucht ins Ausland dem Straftritt
entzogen.

Schweiz.

Bern, 18. Juni. In dem Nationalrath ist
von sechzehn, meist demokratischen Mitgliedern ein
weiterer Antrag auf Durchsicht der Alienzengesetz-
gebung in dem Sinne eingereicht worden, daß bei
öffentlichen Interessen dienenden Unternehmungen
(wie Eisenbahnen) besondere Bestimmungen über
Organisation und Verwaltung aufgestellt werden
sollen.

Belgien.

Brüssel, 18. Juni. Allgemein herrscht die
Meinung vor, daß der heutige furchtbare Dyna-
mitenanschlag, dem ein reiches Geschäftshaus zum
Opfer fiel, von den Anarchisten ausgeht. Die

Natur des gebrauchten Sprengstoffes ist noch nicht
festgestellt worden, so viel steht aber fest, daß er
eine ungewöhnliche Explosionskraft besaß. Man
vermuthet, daß ein Anarchist sich gestern in das
Haus schlich, während sämtliche Bewohner, wie
gewöhnlich Sonntag Nachmittags, abwesend waren,
und den Sprengstoff in der Wohnung des reichen
Kaufmanns Canonne niederlegte. Die Anarchisten
wählten offenbar das erste beste Haus zur Ver-
übung ihres Verbrechens. Der Anschlag ruft
große Erregung unter der Bevölkerung hervor,
die entschiedene Maßnahmen gegen die Ueberhand-
nehmen anarchoistischen Verbrechens fordert.

Frankreich.

Paris, 18. Juni. Der Senat genehmigte
heute, nachdem die Dringlichkeit anerkannt worden
war, die Vorlage, durch welche zwei Pontonier-
Regimenter in Artillerie- und Ingenieur-Truppen
umgewandelt werden.

Die beiden Arbeiter Antoine und Mecker, die
Hauptbetheiligten bei den in der vorigen Woche
zu Pagny-sur-Moselle verübten Ausschreitungen
gegen zwei deutsche Lokomotivführer, wurden
gestern von dem Gericht zu Nancy abgeurtheilt.
Antoine, der schon vielfach verurtheilt ist, erhielt
40 Tage, Mecker eine Woche Gefängnis.

Italien.

Rom, 18. Juni. Dem Ministerpräsidenten
Crispi bis heute gegen 18 000 Glückwünsche-
Depeschen aus dem In- und Auslande zugegangen.
Sämtliche Mitglieder des italienischen Königs-
hauses, wie auch die Königin-Witwe Maria
Pia und der König von Portugal sandten Tele-
gramme. Die Minister der auswärtigen Ange-
legenheiten der Hauptstaaten Europas übermittelten
ihm die Glückwünsche ihrer Regierungen.

Die Kommission der Generale zum Studium
von Reformen im Heereswesen wird am 21. d. M.
im Kriegsministerium zusammentreten. Der
„Risorma“ zufolge ist die Kommission ermächtigt,
ohne an der ständigen Einrichtung von 12 Armees-
korps zu rühren, die Aufhebung, Einschränkung
und Umbildung der einzelnen Theile der Heeres-
verwaltung vorzuschlagen.

Der Papst hat heute durch Handbischöfen
dem dienstherrn Kämmerer Grafen Soberini
als besondere amtliche Funktion die Ueberbringung
der goldenen Rose, sobald der Papst dieselbe einem
Souverän verleiht, zuerthelt.

Der russische Ministerpräsident Sawolski über-
reichte heute Mittag dem Papste das Beglau-
bungs-schreiben. Der Ministerpräsident wurde im
Vorzimmer des Papstes von sämtlichen Würden-
trägern des päpstlichen Hofes empfangen. Die
Audienz bei dem Papste dauerte fast eine Stunde
und hatte einen sehr herzlichen Charakter. Nach
der Audienz begab sich der Ministerpräsident zum
Kardinal Rampolla.

Spanien und Portugal.

Die spanische Fregatte, die zur Empfang-
nahme der ersten Rate der Kriegesgischidigung
aus dem Mittelseeborge nach Cadix abge-
gangen war, ist von dort unbeschädigt Dinge
zurückgekehrt und wird sich nunmehr nach Rabat
begeben, wo beim Sultan Abd el Aziz Beschwerde
geführt werden soll.

Madrid, 15. Juni. Die Aufregung, welche
die erste Nachricht von dem Tode des Sultans
Muley Hassan hier in allen Kreisen erzeugte, ist
einer ruhigeren Betrachtung der durch dieses
Ereignis geschaffenen Sachlage gewichen und die
eigenen direkten und eingehenden brieflichen Nach-
richten, die heute aus Rabat hier eingetroffen
sind, bestärken die Annahme, daß für den
Augenblick keine ernstlichen Verwickelungen im
Inneren Marokkos zu befürchten sind und daß damit
auch die Gefahren internationaler Konflikte zur
Zeit beseitigt sind. Allerdings verheißt man
sich hier nicht, daß geringfügige Unfälle sofort
die marokkanische Frage herausbeschwören können
und in ministeriellen Kreisen äußert man sich
sehr offen darüber, daß, so wie die Sache im
Augenblick liegt, der friedliche Verlauf ganz
ausschließlich von dem Verhalten Frankreichs ab-
hängt. Man sagt es so laut, daß es in Paris
deutlich verstanden werden kann, daß es erforder-
lich ist, alle Aufmerksamkeit auf die algerisch-
marokkanische Grenze zu richten und zu ver-
binden, daß aufreigende Sendboten der Nach-
barrrepublik die dort hausenden Stämme auf-
wachen und so einen Anlaß zum Einschreiten der
algerischen Truppen bieten. So gut man hier
an maßgebender Stelle einsieht, daß die innere
politische und wirtschaftliche Lage Spaniens es
äußerst wünschenswerth macht, den status quo in
Marokko aufrecht zu erhalten, so ist man hier
auch sicher, daß weder England noch Italien
irgend etwas dazu thun werden, den bestehenden
Zustand zu ändern, da beide Staaten gegenwärtig
mit sich selbst genug zu thun haben, England
vollends in manche schwierige Angelegenheiten ver-
wickelt, in Innerafrika und in Asien stark in An-
spruch genommen ist. Auch seitens der Russen
befürchtet man für jetzt hier keine Herausforde-
rungen. Frankreich indessen traut man durchaus
nicht, da die Absichten desselben, die algerische
Grenze an den Muluysfluß zu verlegen und die
reichen oamarokkanischen Oasen zu besetzen, aller
Welt bekannt sind. Andererseits ist schwerlich an-
zunehmen, daß Muley Mohammed großen Erfolg
erzielen wird. In Fez und Marrakech hat er
wenig Anhänger; könnte er darauf rechnen, sich
dort zu halten, so würde er nicht nach dem Suez
gegangen sein. Muley Ismael und Muley Abdul
Amin aber sind nicht ernstlich zu befürchten. Der
in Rabat ausgereisene Abd-el Aziz hat in dem
Sandsturm an die Großfürstenthümer, die
Stammhäupter, Scheiche und die hervorragenden
Marabouts ein sehr friedliches Regierungspro-
gramm entwickelt. Amnestie für alle politischen
Vergehen der Vergangenheit erlassen, aber
äußerste Strenge allen Aufständischen gegen-
über verkündet und den Truppen höheren Sold
als bisher zugesichert. Fast unmittelbar nach
seiner Proklamation wurden vier Personen, die
verdächtig erschienen, Urtheile zu fällen, hingeri-
chtet. Diese rasche Justiz hat einschüch-
ternd gewirkt. Nach Fez wollte der neue
Sultan erst nach dem „Dammest“ gehen, das
am 14. gefeiert wurde; zur Zeit
dürfte er also auf dem Wege dahin sein und
wir werden bald hören, welchen Empfang Fez
ihm bereitet hat. Trotz aller gegentheiligen Be-
hauptungen ist es nicht auszuschließen, daß Muley
Hassan doch das Opfer seiner christenfeindlichen
Politik geworden und vergiftet ist. Die Strenge-
aläubigen waren über die Abmachungen mit

